

Protokoll Landesparteitag 2013.2

Ort: Bautzner Brauhaus, Thomas-Mann-Straße 7, 02625 Bautzen

Datum: 22.07.2013-23.07.2013

Beginn: 9.54 Uhr

Ende: 23.07.2013 18:03

Inhalt

TOP 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landesverbandes	1
TOP 2 Wahlen Versammlungsämter	1
TOP 2.1 Versammlungsleiter.....	1
TOP 2.2stellvertreter Versammlungsleiter.....	1
TOP 2.3 Wahlleiter und Wahlhelfer	1
TOP 2.4 Protokollanten	1
TOP 3 Annahme einer Geschäftsordnung	2
TOP 4 Abstimmung über Zulassung von Gästen, Presse und audiovisuellen Aufnahmen.....	2
TOP 3b Annahme einer Geschäftsordnung.....	2
TOP 4b Abstimmung über Zulassung von Gästen, Presse und audiovisuellen Aufnahmen.....	3
TOP 4.3 Abstimmung über Close-ups für Presse:.....	3
TOP 4.2 Abstimmung über Zulassung des Shops http://www.jpits.de auf dem Parteitag.....	3
TOP 5 Abstimmung über die Tagesordnung.....	3
TOP 6 Satzungsänderungsanträge.....	4
SÄA004 - §14 Satzungs- und Programmänderung (Impyer).....	4
SÄA003 Fundraising Kodex (Impyer).....	4
SÄA005 - Änderung §8 Der Landesparteitag - Absatz 11 – SMV (Impyer).....	5
TOP 7 Anträge entsprechend der TO.....	5
Grundsatzprogramm.....	5
TOP 7.1 Kultur und Sport.....	5
TOP 7.2 Arbeit und Wirtschaft	6
TOP 7.3 Umwelt und Energie.....	6
TOP 7.4 Verbraucherschutz.....	8
TOP 7.5 Sozialpolitik	8

TOP 7.7 Gesundheit und Drogenpolitik.....	10
TOP 7.8 Bildung und Forschung.....	11
TOP 7.9 Bauen und Verkehr.....	11
TOP 7.10 Migration und Integration.....	13
TOP 7.11 Europa in Sachsen (NEU).....	13
TOP 7.12 Inneres und Justiz/Demokratische Teilhabe.....	14
TOP 7.13 Finanzen und Haushalt.....	16
TOP 7.6b Inneres und Justiz/Demokratische Teilhabe.....	17
TOP 7.12b Inneres und Justiz/Demokratische Teilhabe.....	17
TOP 7.14 Bürgerrechte und Direkte Demokratie.....	18
Wahlprogrammanträge:	18
TOP 7.15 Bürgerrechte und Direkte Demokratie.....	18
TOP 7.15b Nachholung Anträge.....	20
TOP 7.16 Arbeit und Wirtschaft.....	20
TOP 7.17 Umwelt & Energie.....	21
TOP 7.4b Verbraucher Schutz.....	22
TOP 7.17b Umwelt und Energie.....	23
TOP 7.18 Verbraucherschutz	23
TOP 7.19 Sozialpolitik.....	28
TOP 7.19a Aussprache Buchhaltungskosten.....	29
TOP 19b Wahlkampfaussprache.....	31
TOP 20 Gesundheit und Drogenpolitik.....	31
TOP 21 Bildung und Forschung.....	33
TOP 7.22 Netzpolitik und Medien Gesellschaft.....	34
TOP 7.23 Bauen und Verkehr.....	35
TOP 7.24 Migration.....	35
TOP 7.25 Europa in Sachsen.....	36
TOP 7.26 Inneres und Justiz.....	37
TOP 7.26b Sonstiger Antrag.....	41
TOP 7.27 Finanzen und Haushalt.....	42
TOP 8 Schlusswort des Landesvorsitzenden.....	42
TOP 10 Unterschriftenliste.....	42

TOP 1 Begrüßung durch den Vorsitzenden des Landesverbandes

Begrüßung durch Florian Andre Unterburger eröffnet die Versammlung.
Es sind über 50 Akkreditierte da.

TOP 2 Wahlen Versammlungsämter

TOP 2.1 Versammlungsleiter

Zum Versammlungsleiter wird Mike Nolte vorgeschlagen, es gibt keine Gegenvorschläge.
Mike stellt sich vor.

Mike Nolte wird zum Versammlungsleiter gewählt.

TOP 2.2stellvertretender Versammlungsleiter

Bernhardt @Nutellaberliner wird als stellvertretender Versammlungsleiter vorgeschlagen.

TOP 2.3 Wahlleiter und Wahlhelfer

Es wird Andreas Roth zum Wahlleiter vorgeschlagen.

Er wird mehrheitlich gewählt

Er wählt Helfer, wenn benötigt.

TOP 2.4 Protokollanten

Als Protokollant wird Thomas Krohn vorgeschlagen.

Er wird mehrheitlich gewählt.

10:03 die Versammlung wird für eine Minute unterbrochen

TOP 3 Annahme einer Geschäftsordnung

Bisher gibt es eine geltende Geschäftsordnung, diese gilt weiter wenn nichts anderes bestimmt wird:

Es wird eine Mini Go vorgeschlagen, die wird aber ausgedruckt gebraucht.

Versammlung wird wieder kurz unterbrochen.

TOP 4 Abstimmung über Zulassung von Gästen, Presse und audiovisuellen Aufnahmen

Gäste werden zugelassen

Presse wird zugelassen

Audiovisuellen Aufnahmen werden zugelassen

TOP 3b Annahme einer Geschäftsordnung

Tilo stellt die Mini Go vor

Tilo: Alte TO hat falsches Datum und hat zu viele Paragrafen, auf dem letzten BPT viel Nachfragen deswegen

Flo Bokor: GO des LPT Claußnitz ist gut. In der Mini GO steht: „Es gilt das Gesetz“, das wäre dann der Versammlungsleiter und keiner kennt die Paragraphen und Kommentare des BGB. Die Versammlung soll sich aber selbst leiten. Bei der STVO würde auch §1 reichen aber wir haben mehr. GO-Schlachten sind mit der alten GO, wie mit der neuen möglich.

Gegenrede Tilo: Alte GO hat widersprechende Punkte z.B. in Punkt Acht. Es wird oftmals auf den Bundesvorstand verwiesen. Änderungen wurden bis heute nicht durch den Landesvorstand getätigt.

Pro Rede: Thomas Lischke: Alle Macht in die Hände des Versammlungsleiters. Wir kennen den und können das ausprobieren und wenn es nicht klappt auf die alte zurück switchen.

Tilo: Dass die mini-GO nur mit juristischen Kenntnissen funktioniert ist quatsch.

Gegenrede Flo B: Alte GO hat bisher immer funktioniert. Mini-GO ist Experiment. Ist selber Mensch mit jahrelanger GO-Erfahrung. Mit der Mini-GO gehen auch GO-Schlachten.

Tilo: Wir sollten eine GO nehmen die in jedem Fall funktioniert.

Stellv. Versammlungsleiter: Das Wort Bundesvorstand ist auszulegen als Landesvorstand. Mini-GO als Jurist und stellv. Versammlungsleiter bevorzugt.

Abstimmung auf Ersetzung der alten GO durch die neue GO: Ablehnung.

Die alte GO bleibt bestehen.

TOP 4b Abstimmung über Zulassung von Gästen, Presse und audiovisuellen Aufnahmen

TOP 4.3 Abstimmung über Close-ups für Presse:

Mehrheitlich dafür. Bitte für Bildschirme Erlaubnis des Inhabers einholen

TOP 4.2 Abstimmung über Zulassung des Shops

<http://www.jpits.de> auf dem Parteitag

(Nachfrage von Tilo zu Veröffentlichung der Geschäftsordnung. Flo B: verweist auf die aktuelle LPT-Seite im Wiki, die auf die gültige GO verweist.)

Die Abstimmung ist positiv, der Shop ist zugelassen

TOP 5 Abstimmung über die Tagesordnung

Die Occcu stellt eine neue TO vor, die zuerst die Grundsatzprogrammanträge behandeln, weil erst Grundsatz, darauf aufbauend Wahlprogramm.

Sandra: Die TO wurde nach Abstimmung im Netz entwickelt. Zuerst dort Wahlprogramm. Themen sollen auch gemischt behandelt werden. Dann zuerst neue Themen.

Wenn Innenpolitik zuletzt dran kommt, dann fallen wichtige Anträge hinten runter.

Pro: Themen bleiben zusammen

Contra: verschieben auf nächsten PT

Flo: TO, die auf der Umfrage basiert ist ausgewogen und Grundsatzprogramm im Themenblock immer vorn. Deswegen fallen ja keine Anträge weg.

Sandra: Bei einigen Themenblöcken gibt es nur Wahlanträge

10.40 Uhr Es sind 63 Akkreditierte:

Sandra es haben 63 Leute an der Umfrage teilgenommen. (Man vermutet Zusammenhänge)

@Eigensinn: Grundsatzprogramm wichtig, da Zeitrahmen pro Themenblock ausgeschöpft wird

Occcu: Müssen 6 Anträge pro Stunde schaffen. Grundsatz ist wichtiger.

10:43 GO-Antrag Schließung der Rednerliste: formale Gegenrede. Der Antrag wird angenommen.

@Eigensinn: ausufernde Diskussion in Neumarkt, Themen sind heute ähnlich und deshalb TO 2 bitte nehmen, da die 5 wichtigen Anträge sonst hinten runter fallen können. Änderung der Tagesordnung wird vorgeschlagen.

Abstimmung:

Aproval Voting:

Orange Sandra TO 1

Blau Occus To2

Muss ausgezählt werden: Wahlleiter muss auf die Bühne

Occcus TO wurde gewählt.

Versammlungsleiter braucht einen Freiwilligen, der nur zuhört.

TOP 6 Satzungsänderungsanträge

SÄA001 und SÄA002 werden zurückgezogen

SÄA004 - §14 Satzungs- und Programmänderung (Impyer)

Impyer stellt seinen Antrag vor: Keine Antragsfristen für Programmanträge, er möchte diese auf 4 Wochen setzen. LPT ist kein Workshop und soll keine Änderung erfahren. Sinngemäße Änderungen sind erlaubt.

Thomas Lischke: Wirbt für den Anträge zu stimmen. Auf dem letzten LPT wurde viel Zeit verloren schlechte Anträge in gute umzuwandeln.

Abstimmung: 2/3 wurde erreicht, der Antrag wurde angenommen

Hinweis für die Kamera sich außen herum anzustellen.

SÄA003 Fundraising Kodex (Impyer)

Impyer stellt den Antrag vor: Wir beuten uns selbst aus und verschenken das Potenzial aus der Bevölkerung. Antrag stellt ein Kodex vor, dass es kein Controlling der Spenden gibt, wie sonst üblich. Es ist ein Beauftragter nötig.

Bauschke: Nachfrage zu Fundraisingbeauftragten. Einzelperson oder Gruppe?

Impyer: Es können auch mehrere Personen sein, das schließt es nicht aus:

Abstimmung: 2/3 Mehrheit wurde erreicht.

SÄA005 - Änderung §8 Der Landesparteitag - Absatz 11 - SMV (Impyer)

Impyer stellt den vor: Dieser LPT muss abstimmen ob wir die SMV abstimmen, Antrag sieht vor, das es weiterläuft. Sie kann auf jedem LPT mit einfacher Mehrheit gestoppt werden.

Tilo: Bisher ist nichts passiert, wieso soll dann verlängert werden?

Impyer: Es gibt Verzögerungen.

Flo. B: So viele Änderungen zu der normalen GO, das der Kern von LQFB verändert werden muss. Dann sind noch weitere Sachen schief gegangen. Hochkomplexes Softwareprojekt und nur wenige können SQL und LUA können, so dass wir nicht schnell genug vorankommen.

Impyer: Betont nochmal die einfache Deaktivierung mit 50% pro LPT

GO-Antrag: Schließung der Rednerliste: Formale Gegenrede: Der Antrag wird angenommen.

Kein weiterer Redner

11:05 Uhr: Die Versammlung wird für 5 Minuten unterbrochen

11:22 Uhr: Die Versammlung wird wieder aufgenommen

Antrag wird angenommen

TOP 7 Anträge entsprechend der TO

Grundsatzprogramm

TOP 7.1 Kultur und Sport

GP018 - Kultur für Alle (Norbert Engermaier, Jan Kossick, Florange)

Norbert stellt seinen Antrag vor:

Aus der AG Kultur. Inspiration aus Dresden und Bayern. Aber alles wurde überarbeitet. Grundlinien: Reichweite der geförderten Kultur erhöhen. Politik soll sich zurücknehmen. Politiker soll nicht bestimmen was förderungswürdig ist. Keine Einteilung in Kultur, Subkultur und Hochkultur.

2. Modul beschäftigt sich mit Regionalisierung von Kunst und Kultur. Großteil der Förderung geht über die Kommunen und Gremien entscheiden. Wollen das Beibehalten und die Regionen gegen das Ministerium stärken.

3. Modul: Zugänglichkeit: Inklusion und andere Gesichtspunkte sind wichtig. Kulturveranstaltungen über moderne Medien zugänglich machen. Sendungen für Staatsorchester und ähnliches.

4. Modul: Internationale Kulturpolitik soll nicht über den laufen. Regionalität stärken, keine Zentralität.

5. Modul: Umfassender Kulturschutz: Nicht nur auf bereits intensiv geschützte Bereich sondern allgemeinen.

6. Modul: Kulturförderung nicht nur auf Geld beschränken, sondern z.B. auch mit Räumen und Flächen auch möglich sein.

Diskussion: 1 Wortmeldung

Abstimmung: Mit einer Gegenstimme angenommen.

TOP 7.2 Arbeit und Wirtschaft

GP02 Wirtschaft:

Tony stellt Antrag vor. Vom letzten LPT. Wurde gestrafft und verbessert und gibt nun ein runderes Bild ab. Keine inhaltlichen Änderungen bis auf das das Wort Europa rausgeworfen wurde um in dem Thema vorzugreifen:

Dafür: mehrheitlich

Dagegen: 4

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen

TOP 7.3 Umwelt und Energie

GP01 Programmerweiterung: Tierschutz

Robert W stellt den Antrag:

Besteht aus drei Teilen: Dem Verbandsklagerecht, der Nutztierhaltung und Tierschutz in der Schule.

angenommen

Konkurrenz GP019 und GP020

GP019 Hochwasserschutz und GP020 Gemeinsamer Hochwasser und Katastrophenschutz

Andreas Bärisch stellt den Antrag GP019 vor, bzw. liest ihn vor:

Applaus fürs vorlesen.

Norbert stellt den Antrag GP020 vor: Hat versucht viele Punkte aus GP019 mitzunehmen und sie umzuformulieren. Katastrophenschutz eher allgemein und dort wollen wir Bürgerbeteiligung Elementarschadensschutz. Katastrophenschutz soll in erster den Bürgern und der Gesundheit dienen, in zweiter Linie dann dem Eigentum. Dann soll es rechtsicher gestaltet werden. Mit dem Bürger umgesetzt und nicht die Bürgerbeteiligung zusammenstreichen.

Diskussion:

Tilo: Abriss der Wassergesetze. Es sollten um das Thema Wasser mal alles gesammelt werden. Pflichtversicherung für Elementarschäden. Anträge sollen weiterentwickelt werden.

Norbert: Sieht das wie Tilo, aber Einreichung war zu kurz und das Hochwasser war der Anlassgeber. Wasserthema ist viel breiter.

Eigensinn: Wo besteht die Konkurrenz der Anträge?

Norbert: Vermisst in GP019 Positionen, zu dem was dort geschildert wird.

Thomas Lischke: Modular ist gut, aber beiden Anträgen ist die Pflichtversicherung drin, aber nicht die Abführung der Wassermassen.

Norbert: Pflichtversicherung nicht für die Bürger, sondern Angebote der Versicherer.

Thomas Lischke: Konkret Maßnahmen stehen im Wahlprogramm?

Norbert: Ja, sind da umsetzbar und gehören nicht ins GP.

Michael: Hinweise finden sich in der aktuellen Gesetzgebung, Versicherungspflicht ist richtig, da wenn Dämme brechen, dann haben viele keine Versicherung. Aber die rechtliche Lage derzeit gibt das her.

Durchsage: Opel mit dem Kennzeichen: xyz soll umgesetzt werden.

Bärisch: Hochwasserschutz sollte nicht vom Staat diktiert werden, wie hoch man sich versichern muss.

Norbert: Kommunen stehen in der Verantwortung (Ausweisung von Bauland).

Michael: Beispiel Riesa, das war Überschwemmungsgebiet.

Norbert: Die Häuser stehen schon und man hat eine Verantwortung für die Häuser, die dort stehen.

Werner: Möchte sich für den Antrag von Norbert aussprechen. Fehlende Dinge sollten auf dem nächsten LPT ändern. Jetzt bitte abstimmen.

Eigensinn: Auch für Abstimmung. Möglichkeit beide Abzustimmen, keine Konkurrenz.

VL: sieht keine Verfahrensmöglichkeit, muss drüber nachdenken

Norbert: Entscheidung der Versammlung ob Konkurrenz oder nicht.

VL: stimmt dem zu.

Eigensinn: Wirbt für Nichtkonkurrenz und fragt die Antragsteller ob beide für den nächsten LPT was Gemeinsames vorlegen.

Norbert Und Bärisch: Haben beide nichts dagegen.

Thomas Lischke: Einreichung als Positionspapiere, dann wären beide mit einfacher Mehrheit ändern

Norbert: Sieht seinen Antrag als fertig an und Positionspapiere haben keine Aussagekraft

Abstimmung über Konkurrenz: Mehrheit für Konkurrenz

Approval Voting:

GP020 gewinnt.

Abstimmung:

Dafür: mehrheitlich

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen

TOP 7.4 Verbraucherschutz

GP012 Verbraucherschutz:

Christian Hoffmann

Wurde nicht übernommen und fällt raus.

TOP 7.5 Sozialpolitik

GP008 Niemand soll wegen seiner körperlichen Merkmale benachteiligt werden.

Antragsteller Volker Müller stellt den Antrag vor: Berufe verlangen Voraussetzung obwohl diese nicht benötigt werden.

Thorsten: Grundsatzprogramm unglücklich, da dort konkrete Änderungen drin stehen.

Volker: Dann evtl. Modulare Abstimmung:

Eigensinn: In den USA ist es usus. Bewerbung darf kein Foto enthalten. Namen soll auch nicht Selektionskriterium sein.

Thomas Lischke: Es gibt Diskriminierung. Formulierung ist nicht sehr hilfreich. Modul Eins klare Aussage, aber schon aktuell umgesetzt. Modul Zwei ist nichtssagend, weil es keine Aussagen definiert. Modul Drei geht zu weit. Anonyme Aussagen sind schön aber letztendlich schaut das Auge doch mit, bei bestimmten Berufen wo das gefordert wird.

Volker: Präzisierung: körperliche Voraussetzung für Berufe wo das nicht sein muss, gibt aber auch andere Berufe.

Michael: Unterstützung für den Antrag: Wirkungsgrenzen: Z.b: Kleidung in allen Größen zu gleichen Preisen.

Volker: Sieht jetzt nichts Verwerfliches darin, dass er für den Mehrbedarf an Stoff auch mehr bezahlt.

GO-Antrag auf modulare Abstimmung: Wünscht die Versammlung die Modulare Abstimmung.

Mehrheitlich angenommen

Abstimmung für Modul 1

Dafür: einstimmig

Der Modul wurde angenommen

Abstimmung für Modul 2

Dafür: mehrheitlich

Dagegen: 4

Das Modul wurde mehrheitlich angenommen

Abstimmung für Modul 3

Dafür: mehrheitlich

Dagegen: einige

Das Modul wurde mehrheitlich angenommen

Antrag Änderung der Tagesordnung:

Verschiebung des GP05 hinter den Antrag „Europa in Sachsen“, weil Antragsteller noch nicht da

Verschiebung wurde einstimmig angenommen

TOP 7.7 Gesundheit und Drogenpolitik

GP009 - Gesundheitspolitik:

Antragstellung: Jan Kabus

Er stellt die einzelnen Module vor. (13 Stück)

Pirat: Es fehlen Passagen zu Pharmaindustrie,

Jan: es nicht komplett

Diskussion: Modul 6: Piraten unterstützen Maßnahmen zur Verbesserung unserer Gesundheit dienen. Zählen Zwangsimpfungen dazu? Frage zu Finanzierung: Bisher Orientierung am Gehalt

Jan: Kein konkreter Vorschlag, trotzdem sollte es aufgenommen. Zur Konkreten Umsetzung der Prävention muss noch etwas ausgearbeitet werden.

Bauschke: Module 10: Begriff Effizienz ist Möglichkeit zum Missbrauch.

Jan: Es werden von 300 Mrd. viele Mittel nicht effizient.

Ablehnung von Pseudomedizin bei den Piraten, Solidarität verstehe ich das britische Modell.

Jan: Die Briten sind steuerfinanziert, die für Rentner unfair. Die Finanzierung wird nicht im Land entscheiden, wir sollten aber eine Position haben.

2 Wortmeldungen gehen im Gemurmel unter.

GO-Antrag: Modulare Abstimmung: angenommen

Abstimmung des Antrages

Modul 1: Ablehnung

Modul 2: Annahme

Modul 3: Angenommen

Modul 4: Angenommen

Modul 5: Angenommen

Modul 6: Angenommen

Modul 7: Angenommen
Modul 8: Angenommen
Modul 9: Angenommen
Modul 10: angenommen
Modul 11: Angenommen
Modul 12: angenommen
Modul 13: angenommen
Abstimmung auf Pause:

Unterbrechung der Versammlung für 2 Min – Grußwort des Bundes

12:58

TOP 7.8 Bildung und Forschung

GP010 Bildung:

12:59 Antragsvorstellung

Diskussion:

Pirat1: für GP zu kurz – in Begründung fehlen Aspekte der Bedeutung von Bildung. Auch im LQFB kritisiert: „öffentliche Hand hat die Verantwortung die Infrastruktur bereitzustellen“ Aber die wird auch von anderen bereitgestellt. Staatsmonopol für Infrastruktur?

Antragsteller: Wollen nicht freie Schulen abschaffen – Staat übernimmt Bereitstellung und Finanzierung.

Pirat1: „Auf diese Weise kann gesellschaftliche Teilhabe kann sichergestellt werden?“ – unserer Meinung nach nicht ausreichend – da muss mehr als Bildung bereitgestellt werden.

Pirat2: Missverständnis ob wir über Bildung oder über Wirtschaftsprogramm reden? Hier Bildung – nicht Verstaatlichung oder dergleichen im Fokus. Verweis auf RL, Mumble und Mailarbeit und Nachfrage nach Verbesserungsvorschlägen. Text ist in einem Prozess von über einem Jahr entstanden. (beschreibt weiter Zustandekommen) Bittet um Zustimmung.

VL: Meinungsbild: Sind wir Beschlussfähig? Ergebnis: Ja – dann können wir fortfahren.

Pirat1: Hauptkritik – Bedeutung der Bildung – selbst erst spät aufgefallen – da war er schon eingereicht.

Antragsteller: Haben uns viel Mühe gegeben. Schaffen hier keine Dogmen – können weiterhin Änderungen vornehmen.

Pirat3: Hatten viele Plenen mit großer Beteiligung – wenn jetzt erst Dinge bemerkt werden – tut mir Leid. Wir wollen darauf ein Wahlprogramm aufbauen.

Pirat4: Keine Fundamentalkritik sondern Verbesserungspotential. Tut mir leid – viel Arbeit ist kein Qualitätsmerkmal. Das disqualifiziert Kritik nicht.

Antragsteller: Kritik wird in weitere Arbeit einfließen.

Pirat5: Einladung an alle sich an weiterer Arbeit zu beteiligen.

Antragsteller: schönes Schlusswort.

VL: Abstimmung: Bei 3 Gegenstimmen angenommen.

TOP 7.9 Bauen und Verkehr

GP013 Fahrscheinloser ÖPNV bei Überschreitung der Immissionsgrenzwerte

13:12

Antrag auf Änderung der Tagesordnung: GP013 ist identisch mit dem WP-Antrag 033 und der Antragsteller möchte den WP-Antrag direkt dahinter beantragen.

Die TO ist geändert, WP033 wird direkt danach behandelt.

Antragsvorstellung: Ab Überschreiten der Werte soll es keine Fahrscheinkontrollen mehr durchzuführen und die Werte zu evaluieren. Damit könnte in großen Städten eine Umweltzone vermieden werden und es gibt eine Förderung des ÖPNV.

Flo.B: Der Antrag ist eine Krücke. Ist Öko-Bla. Ist so weit weg von fahrscheinlosen ÖPNV.

Thomas Lischke: Widerspricht und findet dass er reinpasst. Fahrscheinlosen ÖPNV-light als Lösung für ein anderes Problem.

Micha: Wo ist das als Grundsatzprogramm einzuordnen und ist das nicht zu konkret?

Thomas Lischke: Wollen nicht so lange warten bis Maximalforderung Fahrscheinloser ÖPNV durchkommt. Es wäre 27 Tage im Jahr betroffen. Solange die Maximalforderung nicht durchgesetzt ist, ist dies ein Mittel die Bevölkerung zu ködern.

Schrade: Unglaublich Bürokratisch die Überwachung. Informationen müssen überbracht werden. Kosten würden den Nutzen überschreiten. Zudem Rechtschreibfehler.

Thomas Lischke: Rechtschreibfehler sind zu entschuldigen. Kosten sind entgangen Fahrscheine für den Tag. Land muss Strafzahlungen bei Überschreitung leisten. Einnahmeausfall wird kompensiert.

Werner: Grundsatzprogramm hat fahrscheinlosen ÖPNV, als Projekte. Lieber Spatz in der Hand als Taube auf dem Dach. Gibt andere gute Vorschläge aber die kamen hier nicht. Lieber als Wahlprogramm.

GO-Antrag Meinungsbild: Antrag nur ins Wahlprogramm: Mehrheit für Wahlprogramm:

Thomas Lischke zieht den GP013 zurück und möchte den WP033 behandeln.

WP013 Fahrscheinloser ÖPNV bei Überschreitung der Immissionsgrenzwerte

Thomas Lischke merkt an, dass hier in Modul ein 2 Eingefügt wurde, was die Begründung ist. Wir sollten dem Wähler erklären was wir machen wollen.

Thomas liest das Modul vor.

Diskussion:

Flo B: Waffen strecken bevor der Kampf begonnen hat.

Thomas Lischke: Für Thomas ist es die Eröffnung des Kampfes.

Eigensinn: Muss Flo recht geben. Antrag ist schlecht. Auch als Wahlprogramm. ÖPNV funktionieren nach Marktargumenten. Er schafft einen Anreiz hohe Emissionen zu produzieren um kostenlos fahren zu können. Kopplung ÖPNV mit Umwelt nicht glücklich, da die beiden dann damit gekoppelt sind.

GO-Antrag Schließung der Rednerliste: Der Antrag wird angenommen

13:39 Rednerliste geschlossen

Thomas Lischke: Es ist definitiv eine Verquickung mit Umweltthema. Wir können damit 2 Fliegen mit einer Klappe schlagen. Es soll langsam in das Bewusstsein des Wähler gehen. Er ist durch.

GO-Antrag Meinungsbild: Meinung für und gegen diesem Antrag. Das Antragsbild für den Antrag ist weitgehend negativ.

Werner: Wird Aufmerksamkeit auf das Thema erhaschen.

Robert: Auto fahren bis zum Grenzwert um kostenlos fahren zu können?

Thomas Lischke: 20% Feinstaub durch Verkehr

Unbekannt: Neumarkt hat den Mindestlohn beschlossen, trotz BGE. Es ist ein Schritt dahin.

Eigensinn: Nutzt du eigentlich ÖPNV? Scheinst auf Theoretisch nicht ÖPNV zu kennen. Mehr Zeit in ÖPNV als vor dem Fernseher. Stellt Frage nach Kenntnis nach Buch über Buch. Thomas Vernint die Antwort. Möchte darauf eine Ablehnung des Antrages.

Abstimmung: Der Antrag wurde abgelehnt

TOP 7.10 Migration und Integration

GP03 Ausländerwahlrecht

Änderung des Wahlstatus soll Wahlrecht nach 3 Monaten geben.

Abstimmung: Einstimmig

GP004: Migration

Katrin stellt den Antrag: Migration ist Bereicherung der Gesellschaft. Selbstverständlichkeit. Jeder Mensch hat ein Recht auf Menschenwürdiges Leben, auch Migranten. Konzept der Staatsbürgerschat wird in Frage gestellt.

Abstimmung: Einstimmig angenommen

TOP 7.11 Europa in Sachsen (NEU)

GP017 Vereintes Europa

Flo stellt den Antrag vor: Position zu Europa. Langfristig wollen wir zusammen gehen. Starke Regionen aber auch ein Starkes EU-Parlament. Gesamteuropäische Parteien und aktives wie Passives Wahlrecht für alle in der EU. Europapolitik ist keine Außenpolitik mehr.

Michael: Europa wird nicht als EU, Songcontest, Uefa erwähnt wird, da Uefa Asiatische Länder hat die EU nicht alle wichtigen Länder meint. Darum ist der Antrag gut.

Werner W. : Rechtstaatliche und Soziale Union (Reihenfolge)?

Flo: Sieht das Generelle ein.

Abstimmung: Mit einer Gegenstimme angenommen

Antrag auf Änderung der Tagesordnung: GP005 und GP006 sollen hinter den GP015 geschoben werden. Angenommen

GP007 Europa in Sachsen

Sandra stellt den Antrag vor: Begriff Europa ist ein sehr Schwammiger Begriff und wir wollen den Begriff bekannter machen. Abbau von Vorurteilen.

Abstimmung: Mit einer Gegenstimme angenommen.

TOP 7.12 Inneres und Justiz/Demokratische Teilhabe

GP007: Gegen Antisemitismus und Antizionismus

Keine Diskussion

Abstimmung: Mit 3 Gegenstimmen angenommen.

14:12 10 Min Pause

14: 36 Die Versammlung wird fortgesetzt

Antrag auf Änderung der Tagesordnung: Der Antrag GP006 wird auf Ende des Antragsblocks gesetzt. Ohne Gegenrede angenommen.

Antrag auf Änderung der Tagesordnung: GP022 Zeitreisen sofort zu behandeln. (Wenn das ginge, würde er schon behandelt worden sein, daher Ablehnung)

GP016 Menschenwahlrecht ohne Altersgrenzen

Flo stellt den Antrag vor: Warum gibt es eine Altersgrenze. Wenn Sie ein bestimmtes Alter erreichen, ist es eine Pauschalisierung, das sie eine bestimmte Reife erreicht haben. Antrag ist eine sehr langfristige Vision. Wahlaltermgrenze zu senken ist nur ein übergangsschritt.

Menschenwahlrecht ist nichts was man einem erst zusprechen muss. Es gibt einen Mehrwert, dass sich jüngere Menschen für Politik interessieren.

Flo B.: Findet den Antrag gut. Er wirft alle Grenzen über Bord und führt jede willkürliche Grenze ab. Möchte den letzten Absatz als Modul extra Abstimmen, da er sonst ablehnen muss, da er das Ganze in ein bürokratisches Korsett zwängt.

Norbert: Mehr Bürger beteiligen, nicht mit Minimalforderungen. Klares und Deutliches Signal nach außen.

Marion: Freiheit bedeutet auch Verantwortung. Sieht auch dass die meisten Menschen nicht erwachsen geworden sind. Aber es geht hier um Realpolitik. Erst ab 13/14 entsteht das eigene Denken, davor ist das Interesse nicht da. Z.b. Sexualität. (Kinder haben auch schon früher Gefühle, sind aber erst in der Jugend in der Lage begreifen was sie da tun)

Flo: Es ist Grundsatzprogramm. Es ist eine Vision. In Wahlprogramm gehen Grenzen aber langfristig soll die Grenze weg. Da wir realpolitisch mit 0 Jahren niedrigere Grenzen in Verhandlungen rauschlagen können.

Unbekannt: Wählerlisten sind falsch und sollten raus. Aber der Antrag soll ins GP und im Wahlprogramm konsensfähige Varianten schreiben.

Bauschke: Wirkung in der Welt außerhalb der Piraten katastrophal. Argumente: Wenn mein Kind in wählen würde, würde es bis 12 die Wahl der Eltern durchführen. Grenzen sind immer pauschal z.B. Strahlung usw. I

Flo: Erste Reaktionen auf BGE waren auch schlecht. Aber je mehr ich mich mit dem Thema beschäftigt habe, desto mehr fand ich es sinnvoll. Wahlrecht ist wichtiger.

GO-Antrag Schließung der Rednerliste: formelle Gegenrede. Der Antrag wird angelehnt.

GO-Antrag Meinungsbild: Wer ist in der Erziehung tätig oder hat selber Kinder: viele

GO-Antrag Meinungsbild: Wer würde diesem Antrag zustimmen: knapp

Unbekannt: Wenn die Volljährigen noch nicht erwachsen sind, warum sollen dann noch die Kinder wählen dürfen?

Unbekannt: Alter ist ein Reifegrad um politisch Tätig zu werden, aber es ist ein Mindestmaß an Lebenserfahrung nötig.

Rilo: Wir sind die Partei, die Teilhabe als eine ihrer zentralen Forderungen hat. Wie viel mehr Teilhabe wollen wir haben. 2011 haben die Berliner die Abschaffung im

Wahlprogramm. Hat Antrag mit den Grünen für Absenkung auf 16 gehabt.
Absenkung auf 16 holt keinen hinter den Ofen vor.

Unbekannt: Idealisieren, dann muss sich der Wahlkampf auf die anderen Parteien Auswirkung. D.h. auch CDU und NPD werden auf Wählerfang zu gehen. Und es ist einfacher kleine Kinder zu überzeugen/begeistern als Erwachsene. (Sprecher ist Lehrer)

Flo: Auch heute werden schon Lolis an die Kinder verteilt. Das wirkt sich auch schon auf die Eltern aus. Auch die anderen Parteien werden sich um die Kinder kümmern.

Alex: Nur weil Kindern zur Zielgruppe werden, müssen wir dies moralisch nicht akzeptieren, d.h. wir müssen uns dagegen zu wehren. Es ist extrem zu sagen, dass sie noch nicht so weit, da Menschen mit weniger Schulbildung auch wählen dürfen.

Micha: Teilhabe schließt aber auch das passive Wahlrecht ein. Freiheit der Entscheidung stellt Bildung voraus.

Flo: Aber wer entscheidet, wer gebildet ist? Es kann keine Instanz geben, der dem Menschen das zubilligt.

Eigensinn: GP016 schließt selbstständige Bildung und damit sollen die Menschen auch selber entscheiden, wann sie gebildet sind. In Ägypten dürfen 9-jährige Wählen und die haben es knapp gemacht für die Muslimbrüder.

Änderung der Geschäftsordnung: Antrag auf GO-Antrag auf sofortige Abstimmung. Der abgelehnte Antrag auf Schließung der Rednerliste würde dadurch unterlaufen werden. Er ist mit der jetzigen GO abbildbar.

Keine Gegenrede gegen Antrag:

Antrag auf sofortige Abstimmung: Debatte verläuft sich. Er ist in mehreren Parlamenten üblich.

Formelle Gegenrede: Ablehnung des Gegenantrages

15.10 Uhr GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste: formelle Gegenrede. Rednerliste wird geschlossen.

Marion: Grundsätzlich für den idealistischen Antrag: Wir sind hier nicht auf dem Markt wo der Meistbietende gewinnt. Sondern nur dort wo wir die Leute abholen. Nicht rechtmäßig die Argumentation, da BGE Grundbedürfnisse betrifft. Aber hier geht es um Politik. Mit 14 kann man Geld verdienen, aber ein Kind was sich gegen ihre Eltern wendet, kann Probleme bekommen. Wahlrecht muss allgemein verständlich sein und es könnte Ausnahmeregel geben. Aber allgemein nicht.

Flo: Findet nicht das Absenkung auf 14 bahnbrechend ist. Da schon oft gefordert. Zum Thema Basar: Realpolitik ist manchmal wie der Basar. Wir haben ein Vision und finde Altersgrenzen immer noch als Willkürliche. Es soll nicht die Ausnahme sondern die Regel.

Norbert: Presse kann nicht über Grundsatz und Wahlprogramm unterscheiden. Gut so, da wird das Thema bekannt. Aberkennung des Wahlrechtes erfordert hohe Strafen aber das Alters ist eine Grenze. Antrag vermindert Kosten, da der Ausschluss Kosten für die Allgemeinheit produziert.

Sandra: Sieht ein 7 Jähriges Kind als nicht unter Beeinflussung stehend? Wahlkampf bei Kindern ist ächtbar. Aber NPD macht auch Wahlkampf mit Ausländern. Wahlrecht von Ägypten ist nicht vergleichbar mit Deutschland und willst du den Antrag stellen bis er angenommen wird?

Flo: Das mit Ägypten hab ich gar nicht gesagt. In Olbernhau kamen viel Anträge, ich hatte den mit dem Familienwahlrecht: Dieser Antrag ist neu, da er einen anderen Ansatz wählt, dass die Altersgrenze das Problem ist.

Rene: Piraten stehen für Selbstbeteiligung. Wenn Menschen ihre Meinung äußern will, dann soll er das tun.

Anna: Findet es toll, wenn Kinder Verantwortung übernehmen. Aber sollten wir auch dann 80-jährigen das Wahlrecht entziehen, da die auch mürbe sein können?

MSW: Geht nicht darum das die Eltern mehrere Stimmen kriegen. Ein Kind muss sich mit 11 über seine Religion entscheiden und das geht auch.

Robert: Man muss händisch zustimmen. Dass man sich einträgt, könnte geheim sein. Und Männer sind beinflussbar. Ein hübsches Gesicht reicht schon.

Eigensinn: Die Altersstruktur im Deutschland eher Pilz. Wir haben bald mehr Wähler über 50 als unter 50. Konsequenz das konservative Parteien eher über die Jüngeren drüber bestimmen. Darum ist wichtig, dass Junge mehr für ihre eigene Gesellschaft mitbestimmen.

Jan: traut der Jugend zu dass die Entscheidung treffen kann.

Flo: Wichtig Argumentationslinien.

Abstimmung: knapp angenommen.

TOP 7.13 Finanzen und Haushalt

GP014: Ersetzung des Grundsatzpunkte Steuerpolitik

Imp: Antrag in Olbernhau beschlossen, aber war nicht ausformuliert. Das ist nur passiert. Inhalt ist gleichgeblieben.

Thomas Lischke: Frage nach Änderungen?

Imp: Einnahmequelle wurde eingeführt statt Finanzierung des Staates

Abstimmung: einstimmig

GP015: Vernetzte Steuer und Finanzpolitik

Flo stellt den Antrag vor: Zusammenhang ist verloren gegangen, warum wir Geld einzahlen. Antrag will das ändern. Flo zählt Gründe auf.

Diskussion:

Unbekannt: Grundgedanken finde ich gut, aber ich kann das im nicht Text lesen.

Eigensinn: War zuerst skeptisch aber dann ist es mir klar geworden. Bei Schluss haben wir am Infostand haben wir was in der Hand.

Abstimmung: Klare Mehrheit

TOP 7.6b Inneres und Justiz/Demokratische Teilhabe

GP005 Position zur Geschlechtergerechtigkeit

Alexandra stellt den Antrag vor

Diskussion:

Eigensinn: Antrag ist sehr gut und längt überfällig

Bundeskoordinator Querraten: ausdrückliche Unterstützung

Abstimmung: Antrag ist angenommen

TOP 7.12b Inneres und Justiz/Demokratische Teilhabe

GP006 Ablehnung des Extremismusbegriffs

Antragsteller Alexandra und Marcel stellen den Antrag vor. Der Begriff Extremismus ist sehr zwiespältig.

Marcel: Wir lehnen Gewalt jeglicher Art ab.

Extremistenklausel ist Scheiße: Radio Mephisto hat alle Gelder gestrichen bekommen, da es die Klausel verbietet mit Antifaschisten zusammenarbeiten.

Marcel: Es gibt keine Definition von Extremismus. Damit ist es schwer zu definieren, wann man es tut und wann nicht.

In dem Antrag werden verschiedene Positionen vermischt. Es werden Ökoterroristen, die Glaubensterroristen aus. Es entsteht der Eindruck dass die OK sind.

Marcel: Wirkliche Probleme der Gesellschaft liegen nicht am Rand sondern in der Mitte. Es gibt aber andere Formen des Extremismus und es werden nicht alle aufgezählt da der Antrag sonst zu lang wird.

Frage nach Modularer Abstimmung

Frage. Woher wird der Begriff Extremismus abgeleitet. Und warum beziehst du dich nicht auf die freiheitliche Grundordnung.

Extremismus: Ist Schlecht und Am äußersten Rand.

GO-Antrag Schließung der Rednerliste: Der Antrag wird ohne Gegenrede angenommen.

Abstimmung über den Basisantrag: Angenommen:

Approval Voting über die Module: Module 1a und 1b

Modul 1a gewinnt.

Abstimmung über Modul 1a: Damit ist GP006 mit Modul 1a angenommen

TOP 7.14 Bürgerrechte und Direkte Demokratie

Keine Abstimmung

Wahlprogrammanträge:

TOP 7.15 Bürgerrechte und Direkte Demokratie

WP001 Zugang zu Kulturgütern

Thomas spricht für den Antrag

Abstimmung für den Antrag: Der Antrag ist angenommen

WP042 Freier Zugang zu staatlichen Parks

Flo stellt den Antrag vor: Wichtig freie und unentgeltliche Zugänglichkeit, als grüne Infrastruktur. Es muss eine gemeinsame Lösung über alle geben.

MSW: Es geht um mehr als nur Pillnitz. Es ist bisher immer offen gewesen. Es wird unter Hand diskutiert den Zwinger und den großen Garten entgeltpflichtig zu machen.

Impyer: Wo soll das im Programm

Flo: an geeigneter Stelle. Thema Infrastruktur und nicht kategorisiert.

Robert: nimmt der Park Geld um Kosten zu decken, die sonst nicht gedeckt werden können

Flo: Versteh nicht genau worauf du hinaus willst. Kosten des Parks sollen über die Gemeinschaft finanziert werden.

Abstimmung: einstimmig angenommen

WP 45 Kulturschaffende in Gremien

Norbert stellt den Antrag vor:

Abstimmung über WP045

Abstimmung: Antrag ist angenommen

GP046 Transparenz in der Kulturförderung:

Norbert stellt den Antrag vor.

Der Antrag wird angenommen.

WP047 Lebens und Kulturräume schaffen

Norbert stellt den Antrag:

Antrag wird angenommen

WP048 Kulturbildung barriere- und kostenfrei gestalten

Norbert stellt den Antrag vor

Angenommen

WP049 Kultur für alle zugänglich machen (Open Commons)

Norbert stellt den Antrag vor

17.02 Uhr

Antrag ist angenommen

WP050 Künstlerrechte und Zugang zu Werken

Norbert stellt den Antrag vor:

Keine Diskussion:

Abstimmung: Antrag ist angenommen

WP051 Denkschutz ist kein Selbstzweck

Norbert stellt den Antrag vor: Förderung des Denkmalschutz in Sachsen überdenken. Da Sachsen dreifach über den Bundesschnitt liegt. Angemessener Ausgleich zwischen Denkmalschutz und andren Kulturgüter.

Marion: Sachsen hat einen Kulturschatz, der einmalig in Deutschland. Dieser soll erhalten. Wir geben nicht zu viel aus, sondern lokal richtig und wichtig.

Norbert: Es gibt andere wichtige erhaltenswerte Kulturgüter in Sachsen

Unbekannt: Einnahmen der Kulturgüter?

Norbert: Schwer zu messen.

MSW: Der Betrag sind nur staatliche Gelder, da die privaten Investitionen größer sind. Dann könnte man in den Topf viel mehr Geld ausgeben.

Altstadtpirat: Hier werden zwei Sachen gegeneinander ausgespielt und das ist nicht gut.

In Chemnitz werden eher Kulturgüter weggerissen.

Abstimmung: Der Antrag ist abgelehnt

TOP 7.15b Nachholung Anträge

Anträge wurden gestellt tauchen aber bisher nicht in der TO auf

WP053 Förderung von Breitensport

Der Antrag wird angenommen.

Abstimmung: der Antrag ist Angenommen

GP021 Grundsatzprogramm Verkehr

Thomas stellt den Antrag vor

Caro will es eher im Wahlprogramm

Kevin will es im Grundsatzprogramm haben.

Caro: Es klopft zu viele Stellen auf einmal ab.

De Antrag wird zurückgezogen

TOP 7.16 Arbeit und Wirtschaft

WP004 Sächsisches Mindestlohnmodell

Thomas stellt den Antrag vor

Flo B.: Zu kurz und unpraktisch da man das Gesetz nicht mit dazulegen kann.
Neuer Antrag mit Zusammenfassung des Inhaltes und Verweis auf Vorbild.

Antrag wird zurückgezogen

WP039 Korruption im Wirtschaftsleben offenlegen und wirksam bekämpfen

IMP stellt den Antrag vor

GO Meinungsbild: Piratenpartei in Piratenpartei Sachsen umzuwandeln Eindeutig:

Abstimmung: Bei 5 Gegenstimmen ist der Antrag angenommen

Antrag auf Änderung Tagesordnung: Die Anträge sonstige Anträge vorzuziehen: Wird verworfen bis zur Klärung

TOP 7.17 Umwelt & Energie

Antrag WP026 wird nicht übernommen und automatisch zurückgezogen

Antrag WP025 wird nicht übernommen und automatisch zurückgenommen

WP052 Katastrophen- und Hochwasserschutz

Norbert stellt den Antrag vor: Solidarisches Element gefordert, da Versicherungen unbezahlbar sind. Weitere Elemente sind Überschwemmungsgebiet und vorbeugende Maßnahmen in die Nachbarländer.

Michael: solidarische Versicherung ist gut.

Norbert: Es geht um Eigentümer die jetzt schon ihr Haus gebaut haben. Module 2-4 sind schon Gesetzeslage. Schaffung von Flutflächen ist Paradebeispiel, da erst zu 3-5 % umgesetzt.

Unbekannt: Open Data und Nachbarländer wie Sachsen-Anhalt nutzen. Angebot das mal zu machen.

Unbekannt: Modul 1: Preis ist die Risikoabschätzung. Schaden entsteht immer wieder. Versicherungspflicht treibt die Kosten. Eine Aufgabe der Häuser wäre besser.

Norbert: Versicherungsnehmer soll schon einen Teil des Schadens tragen.

Michael. Hochwasservorsorge fehlt, z.B. Versiegelung von Flächen.

Norbert: Steht im Grundsatzprogramm aber hier steht nichts zu. Der fehlt. Sollte man nachreichen.

Micheal: Was ist mit denen, die nicht in der höchsten Klasse liegen?

Norbert: Elementarschadensversicherung für alle (auch für Feuer, Erdbeben+++)

Bauschke: Überflutungsflächen auf Ackerflächen klingt nach Subvention.

GO-Antrag Schließung der Rednerliste: formell: Der Antrag wird angenommen

Anna: Findet gut, Leute wurden allein gelassen, es gab Problem mit Versicherungen, wir holen die Leute dort ab, wo sie Hilfe brauchen.

GO-Antrag auf Auszählung:

Abstimmung auf Gesamtantrag: Ablehnung

Einzelne Module:

Abstimmung über Module

Modul 1: abgelehnt

Modul 2: angenommen

Modul 3: angenommen

Modul 4: abgelehnt

GO-Antrag auf Änderung Tagesordnung: Die Anträge GP012, WP025 und WP026 werden nun behandelt. Flo B. übernimmt diese.

Formelle Gegenrede

Flo B: Anträge wurden korrekt gestellt. Anträge werden verlesen und dann Debatte oder sofortige

Abstimmung:

Abstimmung: positiv

TOP 7.4b Verbraucher Schutz

GP012 Verbraucherschutz:

Flo B. will den Antrag durch verlesen stellen

GO-Antrag auf Unterbrechung der Versammlung auf Morgen früh um 10 Uhr:

Mehrheit für Vertagung

Damit ist die Versammlung auf den Sonntag den 23.06.2013 vertagt.

23.06.2013

10:10 Uhr Die Versammlung wird eröffnet.

Flo B. liest den Antrag vor

Michael: Anliegen ist klar, Ziel nur teileweise. Trotzdem Zustimmung.

Flo B. Thema wichtig, Antrag unterschwellig kapitalistisches Geschwurbel mit blabla

Sandra: Viel geschrieben, wenig gesagt.

Thomas: Viel Unkonkretes Sinn vom Grundsatzprogramm

Flo B. zuviel Neoliberale Kritik

Werner: Leerphrasen

Abstimmung: Der Antrag ist abgelehnt

TOP 7.17b Umwelt und Energie

WP025 Energiesektor

Flo.B liest den Antrag vor

Flo.B. Alles bis auf den letzten Satz ist bereits umgesetzt werden. Letzte Satz Sollte ausführlicher behandelt werden.

Abstimmung: Ablehnung

WP026 Landwirtschaft und Tierhaltung

Flo .B. stellt den Antrag

Kevin: Mindestanforderung der EU sollten schon gelten. Agrarsubventionen sind per se nicht schlecht, aber es sollte anders verteilt werden. Mehr zu den kleinen Betrieben hin. Das könnte Arbeitsplätze schaffen.

Norbert: Punkt mit Subvention ist wichtig aber im Zusammenhang mit Verbraucherschutz ist kontraproduktiv. Es bringt nichts wenn die Tiere von weit weg herangeschafft werden.

Michael: Forderung ist zu unterstützen müsste aber untersetzt werden.

Phillip: Das Ganze ist EU-Politik und wenig im Land auszurichten.

Abstimmung: Antrag abgelehnt

TOP 7.18 Verbraucherschutz

WP034 Verbraucherschutz

Volker Müller stellt den Antrag vor: Wollen Verbraucherschutz als Kernthema etablieren.

Norbert: Wo kann eine Sächsische Fraktion hier tätig werden.

Volker: Es gibt viele Sachen

Thomas Lischke: langer Antrag: Punkteweise Abstimmung

Volker: langer Antrag muss nicht schlecht sein.

Werner: Nur strittigen Punkte einzeln

VL: Erst Block, dann einzeln

Kevin: Gleiche wie Grundsatzprogramm nur noch ausführlicher

Bauschke: Frage nach Präambel (eher ins Grundsatzprogramm)

Volker: Christian hatte die Aufgabe den Grundsatz zu stellen und die Präambel sollte das Aufnehmen.

Flo.B. zu 2.3 Absolutes Verbot von Lobbyismus im Gesetzgebungsverfahren. Wo soll denn der Gesetzgeber die Kompetenz herbekommen. Auch der CCC ist Lobbyismus. Transparenz ist eher von Nöten. Bundestag muss von außen beraten werden können.

Zu 2.4: Kompetenzzentrum: Demokratieabbau durch Behörden. Im Strom- und Gasmarkt gibt es genug Regulationsbehörden.

Norbert: Frage zu Punkt 6: CO-rating auch für Lebensmittel

Volker: Ja

Bauschke: Forderung nach Informationsfreiheit wäre schön

Blockabstimmung: Antrag ist abgelehnt

Modul/Punkte:

Modul Präambel: Abgelehnt

Modul 1 : Nr 2 abgelehnt

Modul 3: Nr 2: abgelehnt

Modul 3: Nr: 4: angenommen

Modul 4: Nr. 5: abgelehnt

Modul 5: Nr 6: abgelehnt

Modul 6: Nr: 7 Ausbau der Verbraucherrechte: abgelehnt

Modul 7: Nr: 8: Förderung selbstbestimmter Verbraucher: angenommen

Modul 8, Nr: 9: Rechtsdurchsetzung: angenommen

WP022 Offenlegung der Abwasser- und Müllgebühren

Norbert: Finanzierung der laufenden Kosten verbieten? Altpapier macht sogar Gewinn. Was ist das Ziel. Sollen die Kommunen aus dem Haushalt finanzieren?

Volker: Papier hat nichts mit Müll zu tun, das ist Privatsache.

Thomas Lischke: Kann man jetzt schon einsehen, wenn auch mit Klage. Da meistens städtische Unternehmen das machen ist es schon finanziert.

Volker. Spekulationen werden in Millionen auf den Gewinn.

Unbekannt: Werden Jährlich im Mitteilungsblatt im Vogtlandkreis.

Nobert: Abzulehnen da er z.B. für Dresden nicht funktioniert.

Abstimmung: abgelehnt

10:49 Uhr

GO-Antrag auf Änderung der Tagesordnung

Es wird beantragt: Zwischen TOP 7.19 und 7.20 Gesundheit folgende Tops einzuführen.

7.19a: Behandlungen meines Antrages vom 21.06.2013 zu den Buchhaltungskosten

7.19b Wahlkampfaussprache mit ca. 30 Min (Mark Neis, Phillip Schnabel) und Behandlung des sonstigen Antrages Wahlkampfziele

Abstimmung für 7.19a: angenommen

Abstimmung 7.19b: angenommen

WP028 Klares Nein zu Privatisierung der Trinkwasserversorgung

Norbert: Antrag gut, aber man weiß nicht

Phillip: Grundrecht komplett zu verstaatlichen klappt nicht

Norbert: Fordert der Antrag gar nicht

Unbekannt: im Antrag steht Bayern

Volker: In der Einreichungsform steht kein Bayern:

Abstimmung: angenommen

WP029 Medikamenteneinsatz in der Tierproduktion

Volker stellt den Antrag vor:

Diskussion geht grad unter

Sandra: Annehmen als ersten Schritt und dann weiter verbessern

Kevin: Antrag nicht überrascht. Formulierung nicht perfekt. Steht aber nichts grundlegendes Strittiges oder falsches drin. Darum annahmen

Norbert: industrielle Tierhaltung funktioniert nur mit Medikamenten. Evtl. eine Form industrielle Tierhaltung zu unterbinden.

Marion: prophylaktische Maßnahmen sind Maßnahmen. Wir Essen und Trinken die Hormone alles mit, die die Tier bekommen. Also mit dem Antrag anfangen und dann verbessern.

Thomas Lischke: Richtiges Thema: Verbot von Medikamente 4 Absätze, aber der Kontrolle nur wenig. Die Normen gelten, aber sie werden nicht kontrolliert.

Jan: zu schwammig formuliert. Thema wichtig, aber bitte überarbeiten.

Abstimmung: angenommen

WP023 Gentechnikfreie Region Sachsen und WP054 Gentechnik verantwortungsvoll wagen

Behandelt Verbot Transgene Produktion

Wichtig letzter Punkt: die Pflanzen sind patentierbar.

Meinungsbilder1:positiv

Meinungsbild2 : positiv

Meinungsbild3 : Slides: organges

Meinungsbild4 : Sticker: halbe

Meinungsbild5 : Anderes Medium: negativ

Go Antrag: Meinungsbild auf Neueschreiben von WP023 kombiniert mit WP054: positiv

11:25 Protokollant wechselt zu Norbert Engemaier

VL ruht zur Klärung ob Neueinreichung/Veränderung von Anträgen möglich ist. VL räumt die Bühne auf und verwarnt Störer der Gespräche.

Es geht weiter:

VL: Es gab einen Verfahrensirrtum ob der Neueinreichung – aufgrund dessen Rückzug der Einreichung außer Kraft gesetzt weitere Wortmeldungen möglich.

Antragsteller 23: Erstmal konkurrierend – zum nächsten LPT Ergänzung.

VL: Zweifelt jemand im Saal die Korrektheit der Verfahrensweise an?

keine Wortmeldung

VL: Feststellung, dass niemand die Korrektheit der Verfahrensweise anzweifelt.

Pirat12: Verweis auf Vorgehen durch Monsanto. Können uns Marktmächte nicht vorstellen.

Pirat14: Pro WP54 – Fördert Forschung – man sollte niemals Angst davor haben – Erkenntnisgewinn ist gut – Gegen WP23 – hier wird Angst vor Genübertragung gemacht – das ist aber ganz natürlich. Hier werden tagtägliche Mechanismen kritisiert – man muss verantwortungsvoll umgehen und gegen Patente angehen.

Pirat15: Betroffenheit von Nachbarfeldern – Bauer baute Raps an Nachbarn bei Monsanto – Pollenübertragung, Schilderung der Monsantoproblematik.

Pirat16: Bin grundsätzlich gegen Gentechnik und -forschung. Kann mir keine Verantwortungsvolle Forschung vorstellen im Moment.

Pirat 17: Stimme WP23 zu – Genlandwirtschaft zerstört Biodiversität.

Pirat18: Forschung ist nicht verantwortungslos. Haben in der Medizin Ethikräte. Für Tests an Mensch und Tier.

Pirat19: Biodiversität ist ganz feines Gefüge. Schildert Veränderung von Unkräutern selbst bei geschlossenen Häusern. Forschung in Medizin ist gut.

Pirat20: Pro Wp54 Beispiel Vogelgrippe: Ist natürliche Veränderung die sehr gefährlich ist: Bsp. Grippe 1918 mit mehr Toten als WK1 – müssen uns überlegen wie Gefahren reduzierbar.

Pirat21: Verweis auf Kontaminierung mit Stammzellen.

Schlusswort: Antragsteller 23: Für Forschung, Technik aber für 23
Antragstereller54: selbe Begründung für 54

11:45 Approval WP54 vs 23. Auszählung von Bühne aus.

WP23 mehr Stimmen: Abstimmung ob ins Wahlprogramm aufgenommen: Antrag abgelehnt.

WP027 Gesetzlicher Regelungen zu Nanomaterialien.

11:48 Uhr

VL: Wer möchte den vorstellen?

Vorstellung durch 1HigHzer:

Nanomaterialien Arbeit und Produktentwicklung seit längerer Zeit – Arbeitsschutzforschung etc. schwierig – sollten uns dafür Äußern. Beweislast beim Nutzer??.

Fragen?

VL: Keine Fragen

Abstimmung: WP027 abgelehnt.

TOP 7.19 Sozialpolitik

WP007 Inklusion

11:51 Uhr

Antragsteller gehen zur Bühne

Vorstellung: Inklusion ist großes Thema. Module thematisieren Inklusion in verschiedenen Gebieten: inklusives Schulsystem, Gebärdensprache an Schulen (Antragsteller hat da pers. Erfahrungen) Modul 3: Flächendeckender Notruf per Mobilfunk, Modul 4: Deutsche Gebärdensprache als Amts und Gerichtssprache, Modul 5: inklusives Wahlrecht für Menschen mit Behinderung (Kritik am Versammlungsort) Modul 6: Barrierefreiheit in öffentlichen Einrichtungen, Modul 7: Barrierefreiheit vor Denkmalsschutz (Kinder Zugang zu denkmalgeschützten Schulen.)

Antragstellerin: Erläuterung zu Abschnitt 1: Was bedeutet Inklusion. Inklusives Schulsystem: Kinder wohnortnahmen Zugang zu Schulen ermöglichen. Notruf per SMS wird in ein Fax umgewandelt?? Was ist mit Rückfragen? Abwandlung des inklusiven Wahlrechts auf Sachsen.

Pirat1: Danke für Antrag/Vorstellung. Aber Problem mit Modul 7 – warum Pauschalpriorisierung für Inklusion? Was ist mit virtuellen Lösungen?

Pirat2pro: Im Antragstext klar formuliert – nix pauschal – Zugang zu Kulturgütern ist zentral für alle. Es gibt viele intelligente Einzellösungen – es gibt uns viel Spielraum – ist Quintessenz der EU Behindertenregelungen. Ist kein Bekenntnis gegen Denkmalsschutz. Authentizität darf nicht Fahrstühle verhindern.

Pirat3contra: Bin für Inklusion. Ist grundlegend und wichtig. Im Modul 5 nicht einverstanden: Mündigkeit entscheidet ein Gericht – ohne Veränderung der Rechtslage ist Zulassung zur Wahl nicht möglich.

Antragstellerin2: Gestern Wahlrecht ab Geburt beschlossen.

Pirat4: Verständnisfrage zum Notruf.

Antragstellerin2: Wenn man sucht: Sachsen sei Vorreiter des barrieararmen Notruf – aus SMS des Notrufenden wird Fax gemacht, das keine Rückfragen erlaubt – alte Technik wird als revolutionär verkauft.

Pirat5contra: Hier Wahlprogramm kurzfristige Ziele nicht langfristige. Finde Modul 1 und 2 gut – aber was ist mit der Finanzierung? Was mit Personal? Gibt es das Personal überhaupt?

Pirat6pro: EU Behindertenkonvention, Bundesbeauftragter für Behindertenrechte usw. Alle erklären dir gern warum Mündigkeitsentzug sinnlos ist. Grundlegender Ausschuss ist obsolet – nur eine Frage des politischen Willens. Niemand darf jemanden als Unmündig deklassieren. Natürlich Finanzierungsproblem – aber EU BehKonv. Setzt das Ziel schon – Umsetzungsfrage. Wir müssen umdenken – Behinderung nicht medizinisch betrachten. Lest die Konvention! Behinderung sozial gestalten.

Antragstellerin: Anspruch zur Umsetzung – werden das nicht in einem Jahr umsetzen – hier sind keine Zahlen für Umsetzung festgeschrieben.

Pirat7contra: Arbeitete selbst mit geistig behinderten Personen. Personen mit Sprachstörungen Wahlrecht geben? Das ist nicht sinnvoll.

Pirat8pro: Sprichst den Institutionen die Kompetenz ab? Nur wegen 3 persönlichen Erfahrungen?

12:11 Abstimmung: Mit einer Gegenstimme angenommen Korrektur der VL: 2 Gegenstimmen.

TOP 7.19a Aussprache Buchhaltungskosten

VL: Kommen zu eingefügten Antrag zu den Buchhaltungskosten: Bitte um Aufmerksamkeit. Nächster Störer fliegt raus.

Antragsteller: KV Schatzmeister Chemnitz: Hole etwas aus aufgrund der Erläuterung von Flo Bokor. Wir wollen nicht den Landesvorstand kritisieren – soll nur zu einer konstruktiven Debatte beitragen. Zur Sache: Beschluss vom 14. April auf der Marina: Verlesung des Beschlusstextes zur Kostenbeteiligung der Untergliederungen – insbesondere: Keine Daseinsberechtigung für KVs mit Spenden unter 100€ - Druck auf Verbandsmitglieder ausüben für effiziente Verwaltungsstrukturen.

Auf Marina schon schnell Debatte abgeglitten zur Verwaltungsstruktur Sachsens. Eskalation der Diskussion. Dann Abstimmung des Landesvorstands. Bin nicht einverstanden – Bin wohl nicht der einzige Kreisschatzmeister – habe alle angeschrieben – 2 haben sich gemeldet: einer stimmte mir zu – will aber Wahlkampf nicht damit beeinflussen – zweiter meinte: LVor sollte nicht nur fordern sondern auch geben. Möchte Antrag begründen: Rechenschaftsberichte sind Aufgabe des Landesschatzmeisters, Untergliederung sind nur zu Zuarbeit verpflichtet: Verweis auf Finanzierungsaufteilung zur Aufgabenerfüllung. Diese sind meiner Meinung nach auch zur Verteilung der Rechenschaftskosten so gewählt. Es sollte nicht mit dem Rasiermesser pro Verband geregelt werden – höchstens nach Aufwand. Beitrag würde jetzt dazu führen, dass kleine Verbände große subventionieren. Denn kleine haben wenig Aufwand. Kleine Gliederungen sollten unterstützt werden. Buchhaltungskosten sind nicht da um Druck auszuüben – sie sollte der LV aus seinem Budget bezahlen.

VL: Konfliktpotential? Bitte redet mit größtmöglichem Respekt – keine polemischen Anfeindungen. Gesitteter Umgang

Pirat1contra: dieser Antrag wurde in Anwesenheit aller Schatzmeister diskutiert – hatten den Eindruck das die Mehrheit im Konsens geschlossen wird. Dann stelltest du Antrag an Landesvorstand. Hauptproblem: Gliederungen verursachen

Kosten. Wer trägt diese? Wir wollen wenigstens eine Beteiligung. Aufstellung der Kosten würde noch mehr kosten. KVs mit kleinem Umsatz – wozu brauchen wir die? Zusammenschluss nicht-formal ist völlig ok. Anteilige Kostenübernahme dann auch. Zuarbeit kann auch durch Geld sein. Bitte keine finanziellen Nachteile für LV. Eigentlicher Punkt ist Geisteshaltung, dass LV nur Geld nähme. LV könnte sagen: macht euren Wahlkampf doch alleine. Wahlkampfbudget ist größter Posten – wird als Plakate an KVs gegeben.

Antragsteller: deinen Eindruck zu den Schatzmeistern hatte ich nicht. Redeliste war als ich ankam bereits geschlossen – es ging in Diskussion nur um Existenzberichtigung. Wo stelle ich ihn noch? Da gibt es mehrere Gremien – Meinung Vorstand Chemnitz: LPT Entscheidung und gut. Aspekt: kostet Rechnerei mehr Geld? Erstellung Mehrkosten nicht so hoch? Habe nicht unterstellt dass der LV nur nehmen würde. Erwähnte nur dass noch Restbeträge offen sind. Ich meine, dass auch kleine Kreisverbände Sinn machen. Budgetvorschläge können wir auf Marina diskutieren.

Pirat3pro: Finde gut den Basispiraten die Entscheidung zu geben. Hier steht unser aller Mitgliedbeitrag zur Debatte.

Antragsteller: Mitgliedsbeitrag wird aufgeteilt – Kosten werden durch Umverteilung nicht verändert.

Pirat4contra: Geht nicht nur um Buchhaltungskosten – sondern auch um Kosten der Prüfung. Dieses Jahr KV Erzgebirge – Wirtschaftsprüfung würde KV Erzgebirge sofort Bankrott machen. Wenn LV es macht, wird das Geld fehlen – da fällt Saxncmap flach – Flyer flach – bedeutet enorme Schlagkraft. Jeder Gliederung verursacht Kosten – müssen das sozial umlegen. Müssen es auf alle Schultern verteilen.

Antragsteller: Sicher das Geld wird fehlen – aber wir müssen sagen wo – wer hat das größere Budget? Für Landkreis Mittelsachsen existenzgefährdet. Dann müssen die Aktionen eben durch Untergliederungen mitfinanziert werden. Kein ultimatives Argument.

Pirat5pro: Hier wird niemandem Geld weggenommen – auch kein böser Antragsteller. KSM und LSM sollen sich zusammensetzen, darum Antrag zustimmen.

Pirat6 contra: Partei hat ein bestimmte Summe die sic Beiträge und Spenden zusammensetzt. Parteiengesetzt schreibt nur LV und BV vor aber keine KV. Wenn wir die zu klein sind, finanzielle gesehen, um arbeiten zu können, dann entweder größere Verbände oder gar keine Verbände. Kosten durch den KV könnte so gesenkt werden. Sonst betreiben wir Selbstverwaltung.

12:35

GO-Antrag Schließung der Rednerliste, formelle Gegenrede: 5 Stimmen mehr für ja. Schließung.

Antragsteller: Grundsätzlich recht. Gliederungen mit wenig Mitgliedern machen wenig Sinn, aber nicht über finanzielle Austrocknung Schließung des KV. Es ist eine „Strafgebühr“.

Pirat 6 pro: Wir haben die Zeit das zu diskutieren. Er sieht nicht ein warum die kleinen KV nicht das selbe zahlen müsse, wie die großen KVs. Technische Frage an den Beschluss: Der LV wird immer geprüft. D.h. wenn wir das umdrehen. Wenn

es keine KV gibt würde alle Buchungen und Prüfungen im LV anfallen, was ja mehr Aufwand wäre als wenn nur einzelne KV prüfen lassen.

VL: Positiver Bericht des MDR aber bitte nicht das Netz überlasten.

Antragsteller möchte bisherige Regelung, das LV die Kosten trägt und auf einer neuen Marina die Sachen besprochen werden. Gerichtsverfahren vor dem LSG vermeiden wollen.

Pirat 7contra: Kann das Zustandekommen auch kritisieren. Aber dein Vorgehen ist auch nicht gut. Idee nochmal zu überdenken ist auch gut. Dagegen das jetzt auszusitzen. KV verharren nicht in der Stille wegen fehlenden 100€. Wahlkampf kann auch so betrieben werden. Geld ist in der Summe mehr wert, da Kostenvorteile genutzt werden können, deshalb bei LV ansiedeln.

Antragsstellung: Kritik an der Einreichung ist berechtigt, habe draus gelernt. Hat Kollegen um Rückendeckung geben und die auch bekommen. Hat zuerst den LaVo befragt. Möchte nicht vor das Schiedsgericht ziehen. KV sollen Einzelaktionen machen können, unabhängig von den Materialien vom LV. Anteil kann auch sinnvoll für den Wahlkampf eingesetzt werden.

Pirat8pro: Findet den Antrag gut, kann ihn aber auch nicht sehen. Schwierigkeiten in SOE zu reden, da wegen Flut nicht da. Am 01.07 findet ein Finanzratstreffen statt, das noch mehr Beträge an die Kreisverbände umlegen will.

Antragsteller: LV sollte nicht vorsprechen was die Bundesebene angeht. Er hofft dass auf Bundesebene kein Beschluss gegen die Kreisverbände geben wird.

Contra9: Bezweifelt dass KV alleine Wahlkampf machen können. Fyler und Plakate sind über den LV teilweise 50% billiger. Geld würde in KV verbrannt. Sprache des Antragsteller ist nicht in Ordnung: „Strafe“, „Austrocknen“. Froh über jeden KV, tun alles um die KV zu fördern. Wir haben nicht jeden KV aufgelöst sondern Geduld gehabt und dann wird dem LaVo unterstellt, dass er sich selbst bereichern will ist eine bodenlose Frechheit. KV kosten Geld und der LaVo legt nicht alles um, sondern nur pauschal einen 100er. Wir können ja auch pauschal alle Kosten umlegen. Antragstellung ist viel spät am LPT. Ein Beschluss am LPT kann nur vom einem LPT zurückgenommen werden, d.h. eine Marina kann dann nichts mehr regeln. Damit wird die Diskussion mit einem Beschluss hier abgebrochen. Wir können auch den Beschluss des BuVo an die KV weiterreichen. Regelung mit dem Hunderter ist ein Kompromiss. Wenn der den KV nicht passt, kann man reden aber nicht so.

Antragsteller: versteht Flo nicht, dass er Unterstellt wird, das er den LPT trollt und den LV kaputt machen will. Er möchte das demokratisch klären. Zur Sache: Das der Wahlkampf zentral über den LV stattfindet ist richtig. Lobt Mark Neis. Fyler sind ab einer bestimmten Stückzahl einfach nicht mehr wirklich billiger. 1000 Flyer für 40 € kann jeder KV durchführen. Das Ziel des Eine straffere Organisation zu erreichen ist richtig, nur das Vorgehen hat Geschmäckle, darum bin ich der Wadenbeißer.

Antrag habe ich kurz vor Mitternacht eingereicht, Grund sind Rücksprachen. Möchte aber nicht Aggression vorgehen und Unfrieden stiften sondern jetzt klären, damit wir dann in Ruhe Wahlkampf stattfinden kann.

Marina ist Schnatterrunde. Aber sie kann in Ruhe ein Konsequenz vorgehen abstimmen und dem nächsten LPT vorlegen. Persönliches Wort: Massives

Angriffe, obwohl es nur um die Sache geht, kann massiv ausbremsen. Will nur Gutes und er versteht es nicht.

Pirat10pro: Antragsbegründung klang nicht nach Kompromiss und hat viel Unstimmung hervorgerufen. Es soll um eine solidarische Beteiligung und der Antragsteller will das ändern. Die Marina soll das in einer entscheiden.

Pirat1ontra: Der Beschluss war niemals zu gedacht die KV kaputt zu machen. LSM ist Gegner des KVs, das ist sein Job, da er die Kohle des LV zusammenhalten soll. Deiner ist die des KV zusammen zu halten. Er macht seinen Job. Möchte nochmal betonen, dass die Kosten pro KV wesentlich höher sind. Er fordert jetzt eine Entscheidung, die macht keinen Sinn, da man sonst beschließt bevor man drüber geredet hat. Die Begründung mit den Wahlkampfkosten, da einige KV durchaus Geld haben.

Antragsteller: Zitate finden sich unter dem Antrag als Begründung: was das Vorgehen betrifft. Ich habe einen Antrag gestellt, die Beitragszahlung für dies Jahr auszusetzen um es auszudiskutieren.

Pirat12neutral: LSM hat den LV viel Geld weggenommen mit dem zentralen Wahlkampf. Wenn wir 200€ wegnehmen, dann sind 11 von 13 Gliederungen arbeitsunfähig.

Antragsteller: hat keinen Einblick in die Nachbarkreisverbände aber kann sich denk das 200 schon sehr kritisch sind.

Abstimmung: 22 ja und 15 nein. Damit ist der Antrag angenommen

13:11 Uhr Pause bis 13:37 Uhr

13:43 es geht weiter

TOP 19b Wahlkampfaussprache

Es gibt eine zentrale Adresse

Ziele: 5%, Spaß haben und neue Mitglieder werden.

Gibt zentrales Wahlkampflager in Chemnitz

Abstimmung: Angenommen

TOP 20 Gesundheit und Drogenpolitik

WP031 Entkriminalisierung aller Drogen und kontrollierte Freigabe und WP043 Sex, Drugs & Rock'n Roll und WP032 und WP043 Stärkung Rechte Prostituierter. Abschaffung des Tanzverbotes an stillen Tagen und Freigabe der Drogen

WP032: Freigabe aller Drogen

WP031: vorsichtige Version, da man die Leute auch vor sich selber schützen muss. Ist identisch in WP043 enthalten.

Pro: Bezieht sich die Freigabe auf Besitz, Verkauf oder Herstellung

Micha: Antrag vom Bundesparteitag wäre schön.

Antragsteller: Passen doch zusammen

Pro: Drogenkrieg gescheitert

Antragsteller: Auch hier Sachsen sterben Menschen im Kampf um Drogen

Pro: nicht um die Staatskasse zu füllen, sondern auch Prävention und Beratung

Flo.B: die Mittel derzeit würde völlig ausreichen

Contra: Frage nach Kontrolle nach Qualität

Flo.B.: Durch die kontrollierte Abgabe wird auch der Herstellungsprozess kontrolliert.

Contra: Was ist mit Drogen am offiziellen Weg vorbei

WP031: Nur unschädliche Drogen sollen freigeben.

Pro: Für WP032 weil er den Menschen mehr Freiheit gibt, weil der 31 zu vorsichtig ist. Die Qualität regelt dann der Markt.

Contra: Bitte die Anträge zurückziehen: Weil in WP031 und WP032 auf Gefährlichkeit getestet werden sollen. Das ist auch eine Frage der Menge. Ausgabestelle ist Beratungsstelle. Und die Einnahmen soll zur Kurierung verwendet werden, das ist doch sinnlos.

Pro: Dann ist das aber nicht mehr. Drogen die legal sind machen mehr Abhängige. In NL wurde durch die Freigabe von Cannabis die Abhängigkeitsrate halbiert. Es wurde soziologisch nachgewiesen, wenn Freigabe, dann weniger Abhängige

Contra: Bei geregelter Abgabe aber nicht geregeltem Besitz, dann gibt es immer noch illegale Anbieter, die nur noch dem Preis unterworfen sind.

WP032: Der Markt müsste das Regulieren. Theoretisch müssten die Preise sinken.

Pro: Die Preise werden auch von den Händlern in Afghanistan reguliert.

Contra: Die Legalisierung hat nichts mehr der Zahl der Abhängigkeiten zu tun. Denn in Russland geht die Zahl der Abhängigen nicht zurück. Leichte Drogen ja, Bei harten Drogen nein.

Flo. B.

Flo: Es gibt Drogen bei denen dir das Fleisch vom den Knochen fällt und bei Legalisierung würde man humanere Drogen nehmen. Sonst fördern wir weiter kriminelle Organisationen, die damit Geld verdienen.

Contra: Gibt es dann in Afghanistan deutsche Qualitätsinstitute?

WP032: Es gibt Qualitätssiegel, wie bei Bananen.

Pro: Anträge nicht optimal, da keine Unterscheidung zwischen gewerblichen und privaten Anbau. Und sollen die Abgabestellen gemeinnützig arbeiten?

Flo.B. Das muss im Gesetzgebungsverfahren geklärt werden. Erlös wird über die Steuern mit gemacht.

Go-Antrag Schließung der Rednerliste: Liste ohne Widerspruch geschlossen:

Pro: Spezialthema: es hat sehr viele Aspekte: Baumwolllobby hat was damit zu tun(Hanf). Es basiert auf Ideologie und macht. Die Kriminalisierung ist wirklich. Schwarzmarkt regiert irgendwann in die Politik rein. Weitere Aspekt sind Kosten: 25% der Gefangen sind wegen Cannabishintergründe im Gefängnis. Staatsanwaltschaft und Gefängniskosten.

Contra: Verschiebung der Kriminalität in welche Bereiche?

Flo.B. legaler Drogenverkauf und eher wirtschaftspolitische Frage

Pro: Eher Bundesthema, warum hier sinnvoll.

Flo:b. BGE ist Bundesthema und hat in Berlin zu 9% geführt.

Schlusswort:

WP031: Bitte um die Annahme

14:40 Unterbrechung zur Klärung.

Innerhalb des 43 wird der 31 und 32 behandelt.

Verfahrensfragenklärungsaussprache:

Protest von Thomas Lischke gegen das Verfahren, die Anträge WP031 und WP032 als Modul in WP043 einzufügen.

Abstimmung:

Antrag 43 ist angenommen:

Approval 31/32

31 gewinnt:

Abstimmung 31: positiv:

Damit ist WP 43 mit Modul 31 angenommen

TOP 21 Bildung und Forschung

WP016 Ergänzung zm Wahlprogrammabschnitt Politik und Schulbildung

Inhalt: Bücherausgabe in Digitaler Form und Hausaufgabenerstellung und Bewertung in Digitaler Form. Abschaffung Präsenzpflicht für Volljährige Schüler.

Pro: Hausaufgabenerteilung digital, vom Lehrer

Contra: mangelhaft: Digitale Schulbücher sind nicht die Lösung, digitale Hausaufgaben geht zu weit. Verhaltensregulation ist unsinnig. Kinder brauchen Feedback. Schulpflicht sollte nur bis zum 18 Lebensjahr gehen.

Pro: gefällt besonders gut drittens. Man kann alles nachlesen und erreichen. Benotung ist überflüssig.

Contra: Digital ist nicht immer gut

Antragsteller: ist ja immer gefordert

Pro: Onlineaufgabe ist bei 70% Internetversorgung nicht machbar

Thomas Lischke: Man kann sich ab 18 selber freistellen und es steht dann nur auf dem Abizeugnis.

GO-Antrag auf Schließung der Rednerliste: ohne Gegenrede angenommen

Christian W: Open Source sollte nicht nur Kann, sondern muss sein.

Antragsteller: angekommen

Pro: Werbung für Modul 4: Freiwilligkeit ist bereits jetzt gegeben, da Freistellung möglich.

Abstimmung: 25:11 angenommen

WP013: Ergänzung des Sexualkundeunterrichts

15:18 Wechsel des Protokollanten zu Norbert Engemaier

Vorstellung des Antrags: Unterricht ist nicht zeitgemäß also neues Material, Ausbildung etc. u

Abstimmung: Bei 2 Gegenstimmen und zahlreichen Dafür-Stimmen angenommen.

TOP 7.22 Netzpolitik und Medien Gesellschaft.

15:22 **GO-Antrag auf 5 min Unterbrechung:** stattgegeben.

15:30 Ende der Pause

WP13 Digitale Gesellschaft

Vorstellung des Antrags WP013 Digitale Gesellschaft:

Antragsteller: Depublikation soll abgeschafft werden.

Pirat1Contra: Prinzipiell super, Punkt 1 Kosten?

Antragsteller: Gibt keine Zusatzkosten, wird ja schon online gestellt.

Pirat2Pro: Konsensantrag. Entspricht unseren zentralen Forderungen.

Abstimmung: einstimmig angenommen

15:34

WP006 und WP024

konkurrierende Vorstellung:

Antragsteller06: Erster Satz benennt zentrale Forderung. Rest enthält Technologieforderungen.

Antragsteller24: Nicht mein Antrag, verlese ihn daher: *verliest Antrag*

Antragsteller24: WP024 Symmetrisch 50Mbit? Später vielleicht.

Abstimmung Approval WP006 gg WP024: 1 Stimme für 24 Rest für WP006

Abstimmung WP006: Bei 1 Gegenstimme angenommen

TOP 7.23 Bauen und Verkehr

WP030 Sachsenticket für ganz Sachsen:

Antrag wäre überflüssig wenn wir schon kostenlosen ÖPNV hätten – bis dahin ist er aber nötig – da Sachsenticket nicht in Verkehrsverbünden um Dresden und Leipzig herum. Nennt Preisverhältnisse für ÖPNV und Zugverkehr.

Pirat1: Toller Antrag: Formulierung Brückentechnik bis fahrscheinlos wär toller, machst du bestimmt.

Abstimmung WP030: einstimmig angenommen

TOP 7.24 Migration

WP005 Migrationspolitik: Für die Teilhabe aller Menschen

Antragstellerin: Verweist auf Bundesprogramm. Erläutert Antrag:
Kommunalwahlrecht, Wahl von Migrantenvertretungen, Erläuterung Modul 4 und Modul 5

Pirat1: So muss das sein: gestern GP heute WP – yej

Abstimmung WP005: einstimmig angenommen.

WP014 Krankenversicherungskarte und WP056.

Antragstellerin014: Anträge sind konkurrierend zur Krankenversicherungskarte: Bisher hoher bürokratischer Aufwand für Inanspruchnahme von medizinische Leistungen. Geringer bürokratischer Aufwand senkt auch Kosten

Antragsteller056: Antrag ist quasi identisch: hab nur Krankenversicherungskarte durch elektronische Gesundheitskarte ausgetauscht sowie andere Verbesserungen: 2002 wurde Vertrag geschlossen der das schon vorsieht.

Pirat1Pro: Warum höre ich noch immer von Leuten von bürokratischen Hürden?

Antragstellerin014: Antrag auf Behandlungsschein ist Praxis.

Pirat2Pro: Verweist auf Erfahrungen damit.

Pirat3Con: Warum stellst du einen Antrag von dem du meinst er sei obsolet?

Antragsteller: bin überrascht dass in Praxis noch nicht umgesetzt.

Pirat4Pro: eGK sollte nicht drinstehen, weil wir die ablehnen

Pirat5Pro: Krankenversicherungskarte wird auch als Name für eGK verwandt: machen uns unabhängig von einzelner technischer Lösung. Rücken nicht technische Lösung in Vordergrund sondern Gleichberechtigung von Menschen.

Pirat6Con: Schlage Kombinierung vor: korrekten Terminus aber Sonderlösung für Asylsuchende

Pirat7ProWP014: Schadet nicht es zu beschließen, wenn es schon passieren soll.

Abstimmung Approval: Wp014 vs. WP056 – WP014 gewinnt deutlich

Abstimmung WP014: Mit einer Gegenstimme angenommen.

TOP 7.25 Europa in Sachsen

WP019 Europa in Sachsen

Frage: Bezieht das auf die EU oder ganz Europa

Es geht um den geographischen Kontinent

Es geht um Projekte für die Jugend zu Europa

Contra: Finanzierung kann sofort ausgezahlt. Problem Projektfinanzierung kenne ich so ich nicht.

Sandra: Konto für Privatpersonen für Projekte sind toll.

Pro: Projekt läuft aus, soll im Erasmusprogramm aufgehen

Sandra: Weiß ich, es sind auch Millionen von Euro noch nicht abgerufen wurden.
Müssen den Arsch hochbekommen.

Antrag wurde angenommen

TOP 7.26 Inneres und Justiz

WP041 Bürgermeister per Zustimmungswahl

Flo stellt den vor: Antrag wurde ein Döbeln schon als Positionspapier angenommen. Es würde kleinen Parteien helfen.

Contra: letzte Satz macht alles kaputt, da genau das Gegenteil erreicht wird. Es kann auch mit 24% gewählt werden.

Flo: schlecht formuliert wurden.

Contra: Approval neigt auch zu Kompromissen wie die Präsenzwahl system

Christian W: Stimme dem Antrag zu aber das Quorum fehlt. Bitte dich den letzten Satz zu entfernen.

GO-Antrag auf Meinungsbild: Letzten Satz zu streichen: einstimmig

Antragsteller möchte den den letzten Satz streichen.

Versammlungsleiter stellt fest, dass jeder mit der Änderung einverstanden ist, keinem ist die Änderung unklar.

Micha: Ist immer noch kein Quorum drin

Kevin: Verfahren ist keine redaktionelle Änderung mehr

Flo zieht den Antrag zurück

Christian Werner übernimmt den kompletten Absatz

Abstimmung: Der Antrag ist angenommen.

WP017 Trennung von Staat und Religion und WP029 Trennung von Staat und Religion.

WP017 wird vorgestellt. (Viele kleine Module)

WP020 wird vorgestellt

Pro: Ist es möglich beide miteinander zu kombinieren

Flo: Antrag ist komplett

Caro wird stellvertretende Versammlungsleitung

Bauschke: Modul 6: Konsequenzen für Feiertage: Betrifft das auch das Sonntagsöffnungsverbot? Und bei kleinen Arbeitgebern wird das mit der Freiwilligkeit nicht so.

Antragsteller. Mit Krankassenbeitrag keine Gedanken gemacht

Pro: Urlaubsgesetz ergänzt um die 10 Feiertage?

Antragsteller: Noch keine Vorstellung

Contra: Möglichkeit der Bestimmung der Feiertage für Konfession ist besser. Will darauf nicht verzichten, auch wenn der Antrag von Florange besser geschrieben ist.

Flo: zu wenig Zeit sich Intensiv damit zu beschäftigten.

WP017: Nichts dagegen Module zu mischen

Pro: Beide Anträge gut, aber würde auch WP020 auch als Grundsatzprogramm sehen. Da fehlen noch konkrete Sachen.

5 Minuten Unterbrechung: 16:44 Uhr

16:46 Uhr Versammlung wird fortgesetzt

Antragsteller WP017 zieht Module 1-4 zurück

Damit ist die Konkurrenz der Anträge nicht mehr gegeben

Abstimmung WP020 Trennung von Staat und Religion: Angenommen

Abstimmung WP017 Module 5-8:

Verfahrensfrage: Variante 1 wird automatisch angenommen?

Versammlungslgleiter: jap

Mehrheitlich abgelehnt

Modulare Abstimmung

Modul 5: nicht angenommen

Modul 6:

Aproval: 6.1 6.2 6.3

6.1 gewinnt

Abstimmung Modul 6: abgelehnt

Modul 7: angenommen

Modul 8: angenommen

WP010 Ablehnung des Extremismusbegriffes

Angenommen

Verfahrensfehler: Abstimmung wird für unstimmig erklärt

Approval Modul 1 a und 1b

Modul 1a gewinnt

GO-Antrag Tagesänderung: Redeslot für die AG Programm vor dem letzten Antragslot Ende

Ohne Gegenrede angenommen

WP002 Neues Sitzzuteilungsverfahren für den Landtag nach Sainte-Laguë/Schepers

Contra: nur Begriff ohne Beispiel: damit kann keiner was anfangen

Antrag angenommen

WP008 - Transparenz - Aufklärung - Prävention im Polizeidienst

Angenommen

GO-Meinungsbild: Wer würde beim Abbau helfen? positiv

WP009 Auflösung des Landesamtes für Verfassungsschutz

Pro: Zielrichtung richtig. Begründung geht nicht weit genug. Aufgaben können von anderen übernommen werden. Die Finanzierung der Szene wird damit aber nicht gestoppt

Alexandra. Wird noch verbessert

Abstimmung: Angenommen

WP011 - Kein Staatstrojaner in Sachsen

GO- Meinungsbild: Muss der Antrag noch vorgestellt werden? Positiv

Abstimmung: einstimmig

WP012 - Abschaffung der integrierten Vorgangsverarbeitung der Polizei und WP057 WP057: Änderung und Offenlegung der IVO-Datenbank

Thomas stellt seinen Antrag vor:
Alexandra stellt ihren Antrag vor:

Meinungsbild: Approval oder entweder oder Abstimmung ?: es wird entweder oder Abstimmung

WP012 hat gewonnen

Abstimmung:

Abgelehnt

WP015 Einschränkung von Polizeiverordnungen

Contra: Warum wollen das die dort genannten drin stehen? Es gibt doch gesetzte dazu? Wie können wir dazu vorgehen.

Alex: Positivliste damit abgeschlossen

Pro: Positivliste gut

Contra: Notverordnung war sehr gut, war wichtig das Leute im Katastrophenfall ihre Häuser verlassen.

Pro: Kommune lässt sich die nicht davon abhalten die Verordnungen zu erstellen.

Pro: das steht schon drin mit dem Umweltschutz

Abstimmung: 17:12 kein 2/3 Mehrheit

17:34 Redeslot für die AG Programm:

Motivation für die Mitglieder

WP018 Ablehnung von Islamismus und Islamfeindlichkeit

Antrag wird vorgestellt:

Contra: Antrag hat gute Sachen drin, aber insgesamt geht er gar nicht. Tradition festhalten ist nicht schlecht. Hier wird das als schlecht gekennzeichnet.

VL: Absatz 4 kann rausgenommen werden, da er nun Fakten wiedergibt und keine Politische Forderung stellt

Bundeskoordinator Queeraten: Religion ist kritisierbar: Auspeitschung, Todesstrafe für Homosexuelle sind Kritikpunkte

Abstimmung:

Antrag ist abgelehnt

Antrag auf Änderung der Tagesordnung:

Vorziehen des Postionspaper zu Gentechnik

GO-Antrag auf Beendigung: Abgelehnt

TOP 7.26b Sonstiger Antrag

Sonstiger Antrag: Gentechnik in Sachsen

Abstimmung: angenommen mit 3 Gegenstimmen

Sandra übernimmt den WP038

TOP 7.27 Finanzen und Haushalt

WP038 Transparenz bei wirtschaftlichen Entscheidungen herstellen.

Einstimmig angenommen

Rest wird wegen Abwesenheit Antragsteller nicht behandelt.

TOP 8 Schlusswort des Landesvorsitzenden

TOP 9 Ende der Versammlung

um 18:03

TOP 10 Unterschriftenliste

Versammlungsleiter

Mike Nolte

Stellv. Versammlungsleiter
Versammlungsleiterin

nutellaberliner (Bernhard)

stellvertretender

Carolin Mahn-Gaußeweg

Protokollant

Stellv. Protokollant

Thomas Krohn

Norbert Engermaier